

**297 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XX. GP**

---

# **Bericht**

## **des Ausschusses für Arbeit und Soziales**

### **über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mares Rossmann und Genossen betreffend Förderungsmaßnahmen für Saisonbetriebe zur Entlastung der Arbeitslosenversicherung durch eine Verlängerung der Saison [53/A(E)]**

Die Abgeordneten Mares Rossmann, Mag. Dr. Udo Grollitsch, Dipl.-Ing. Leopold Schöggl und Genossen haben diesen Entschließungsantrag am 31. Jänner 1996 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die stark schwankenden Beschäftigungszahlen in Saisonbetrieben tragen maßgeblich zur Arbeitslosenquote bei und verursachen damit beträchtliche Kosten für die Arbeitslosenversicherung. Nun besteht in der Tourismusbranche wegen der hohen Personalkosten, der schlechten Eigenmittelversorgung und auch der Auswirkungen des harten Schillings vermehrt die Tendenz, die Saison noch zusätzlich zu verkürzen, um die Phasen schlechter Auslastung möglichst kurz zu halten.

Die Antragsteller sind der Meinung, daß dieser Entwicklung zur immer kürzeren Saison im Interesse der Arbeitslosenversicherung und der Fremdenverkehrswirtschaft entgegengewirkt werden sollte; außerdem sind viele jetzt geplante Investitionen in die Infrastruktur nur sinnvoll, wenn sie möglichst intensiv genutzt werden. Die unterzeichneten Abgeordneten schlagen daher vor, den österreichischen Tourismusbetrieben die wirtschaftlich dringend erforderliche Verlängerung der Saison durch eine Förderung attraktiv zu machen und durch die damit ermöglichte längere Beschäftigung gleichzeitig die Kosten für die Arbeitslosenversicherung zu verringern.“

Der Ausschuß für Arbeit und Soziales hat den gegenständlichen Antrag [53/A(E)] in seiner Sitzung am 4. Juli 1996 in Verhandlung genommen. Berichterstatterin im Ausschuß war die Abgeordnete Mares Rossmann. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mares Rossmann, Dr. Volker Kier, Marianne Hagenhofer, Eleonore Hostasch, Dr. Gottfried Feurstein und Sigisbert Dolinschek sowie der Bundesminister für Arbeit und Soziales Franz Humts. Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag keine Mehrheit.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für Arbeit und Soziales somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 1996 07 04

**Edeltraud Gatterer**

Berichterstatterin

**Annemarie Reitsamer**

Obfrau